

CO₂-Einsparungen werden mehrfach gezählt

INTERNATIONAL Dieselbe Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien dient mitunter drei Parteien zur Kompensation von Emissionen.

SYLVIANE CHASSOT

Die Zeit drängt. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, bleiben bei derzeitigen Emissionen wenige Jahre, bis das verbleibende CO₂-Budget aufgebraucht ist. Doch es gibt hoffnungsvolle Neuigkeiten: Zwei Drittel des globalen Bruttoinlandsprodukts sind gemäss einer Studie mit einem Netto-null-Ziel abgedeckt. Zwei Drittel des BIP sollen also ab 2050 oder schon früher erwirtschaftet werden, ohne dass dabei zusätzliche Treibhausgase emittiert werden.

Viele Unternehmen setzen auf erneuerbare Energien, um den CO₂-Fussabdruck zu reduzieren. An der Umsetzung eines Windenergieprojekts arbeiten von der Finanzierung über den Bau bis zur Vermarktung des Stroms diverse Akteure (vgl. Grafik). Wegen unklarer Regeln ist es möglich, dass sie alle dieselbe Kilowattstunde Windstrom hernehmen, um damit ihren CO₂-Ausstoss kleinzurechnen.

Ein Beispiel: Der Windkraftpark Tonstad liegt in der hügeligen Landschaft Südwestnordens. Die Anlage ist gross, die Stromproduktion entspricht gut 1% des Schweizer Verbrauchs und geht an den Aluminiumproduzenten Norsk Hydro. Dessen Energiebedarf ist hoch. Um ihn zu decken, hat Hydro noch weitere Stromabnahmeverträge abgeschlossen und betreibt eigene Wasserkraftwerke. So sagt sie von sich, in Norwegen mit 100% erneuerbarem Strom zu produzieren. Zwar sind Hydros Emissionen nach wie vor enorm, doch sie argumentiert, bei der Produktion in Norwegen werde CO₂ eingespart, denn würde das Aluminium anderswo auf der Welt hergestellt, würde der dafür benötigte Strom viel mehr Treibhausgasemissionen verursachen. Sie vermarktet das Aluminium unter anderem auf Basis dieser Mischrechnung als CO₂-neutral.

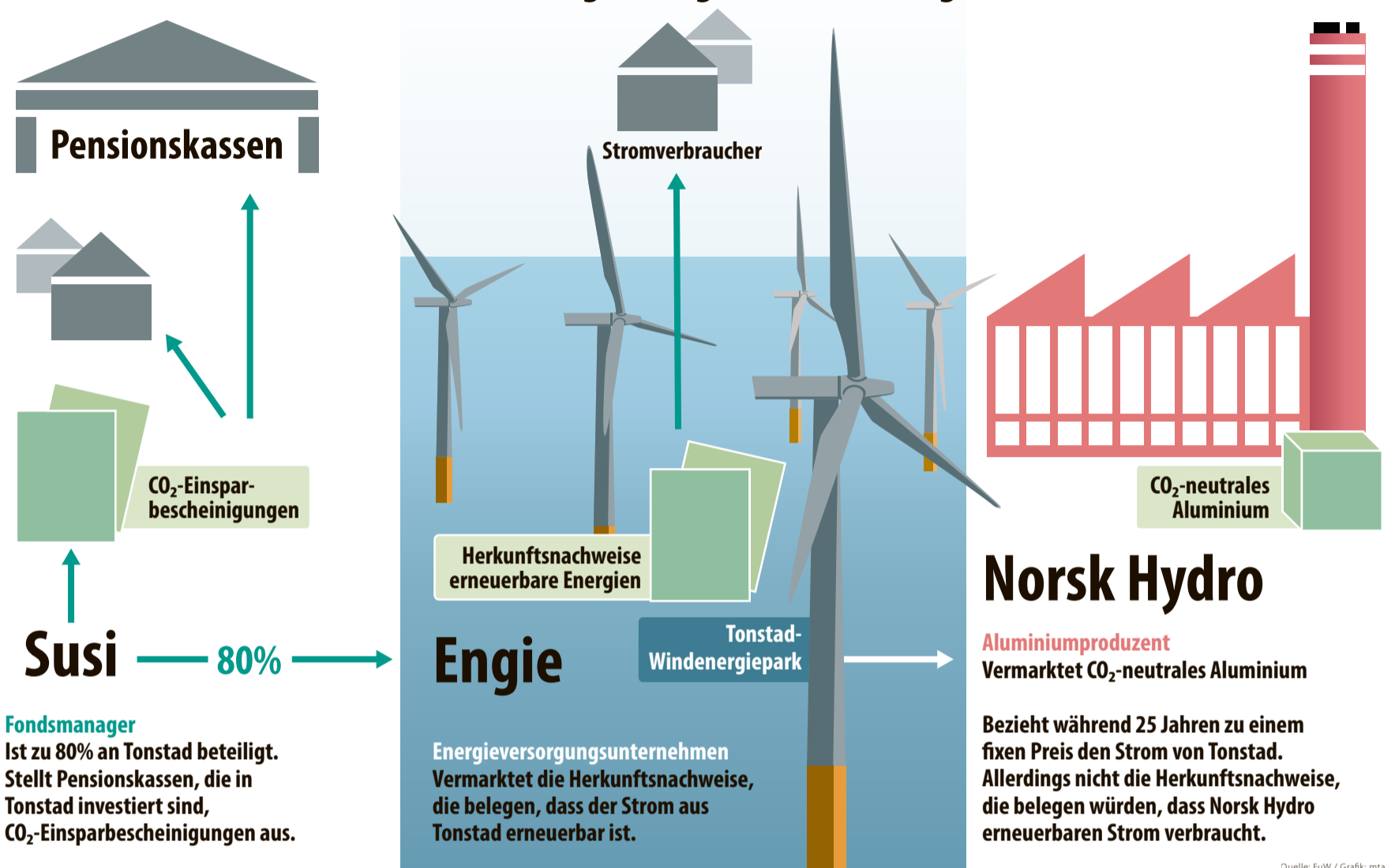
Engie verdient mit

Pikant daran: Hydro bezieht zwar die Elektrizität aus Wind- und Wasserkraft, nicht aber die Herkunftsnachweise des erneuerbaren Stroms. Ein Herkunftsnachweis (HKN) ist ein Papier, das dem Besitzer bescheinigt, Strom in einer bestimmten Menge aus erneuerbarer Quelle zu verwenden. Er kann losgelöst vom Strom gehandelt werden, wenn ein Verbraucher wie Norsk Hydro zwar elektrische Energie aus einem Windkraftpark beziehen möchte, den Strom aber nicht als erneuerbare Energiequelle ausweisen will.

Für den Windpark Tonstad hat Hydro mit dem französischen Energieversorger Engie einen Stromabnahmevertrag für 25 Jahre abgeschlossen. Den HKN vermarktet Engie separat an andere Kunden. Hydro bestätigt gegenüber FuW, generell «nicht am HKN-System teilzunehmen».

Es ist also nicht ganz korrekt, wenn Hydro behauptet, in Norwegen 100% erneuerbaren Strom zu nutzen, wenn der HKN separat an andere Verbraucher verkauft

Der erneuerbare Strom der Windenergieanlage Tonstad wird gleich dreimal vermarktet



wird. «Einen Herkunftsnachweis brauche ich, um zu belegen, dass ich erneuerbaren Strom nutze», sagt Louis von Moos, Geschäftsführer des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Herkunftsnachweise. «Kann ein Unternehmen keinen HKN für den Strom vorweisen, wird mit dem CO₂-Gehalt des sogenannten Residual Mix gerechnet. Dieser Mix besteht in Norwegen überwiegend aus fossiler und Kernenergie. Denn wenn die Herkunftsnachweise für norwegische erneuerbare Energie zum Beispiel in Deutschland vermarktet werden, geht im Gegenzug primär deutsche Kohlequalität auf die norwegische Bilanz.»

Dennoch kann niemand Hydro davon abhalten, zu behaupten, CO₂-neutral zu produzieren. Denn der Begriff CO₂- oder Klimaneutralität ist nicht geschützt.

Auch Investoren profitieren

Im Fall des Windparks Tonstad geht die Mehrfachzählung noch weiter, auf der Investoreseite: Der Zürcher Fondsmanager Susi Partners hat Tonstad zu 80% finanziert. Die Geldgeber – Pensionskassen, Versicherungen, Stiftungen – erhalten ihrem Anteil entsprechend sogenannte

CO₂-Einsparbescheinigungen. «Die von Susi Partners verwalteten Fonds investieren ausschliesslich in nachhaltige Energieinfrastruktur, wodurch messbare CO₂-Einsparungen erzielt werden. Wir lassen diese jährlich von South Pole neu bestätigen und geben an die Investoren der jeweiligen Fonds CO₂-Einsparbescheinigungen aus», schreibt Susi auf Anfrage.

South Pole wurde vor fünfzehn Jahren in Zürich gegründet, entwickelt im Kerngeschäft CO₂-Kompensationsprojekte und gibt dafür CO₂-Zertifikate aus. Das Unternehmen bestätigt, für institutionelle Investoren die mit ihren Geldern «potenziell vermiedenen Emissionen» zu quantifizieren. Die Analyse beziehe sich jeweils auf ein spezifisches Portfolio und resultiere in einem Datenblatt und einem Bericht. South Pole betont, dass es sich dabei nicht um ein CO₂-Zertifikat handle, wie es Geldgeber eines zertifizierten CO₂-Kompensationsprojekts erhalten, um damit Emissionen zu kompensieren.

Bloss: Kommt ein Investor dennoch auf die Idee, anstelle eines (teureren) CO₂-Zertifikats eine CO₂-Einsparbescheinigung zu nutzen, um die bescheinigten Einsparungen in einer Nettobetrachtung

mit «schmutzigeren» Investitionen zu verrechnen, ist das legal. Es fehlen bindende Regeln dazu, was bei der Berechnung des CO₂-Fussabdrucks zulässig ist.

Zahnlose Regulierung

Immer mehr Pensionskassen verfolgen Klimaziele. So auch die Luzerner Pensionskasse, die im Verbund mit vier weiteren Kassen in erneuerbare Energien investiert. «Wir richten unsere Investitionen schrittweise nach dem Pariser Klimaabkommen aus», sagt Geschäftsführer Reto Tarreghetta. «Die Herausforderung dabei ist, dass es keine konkrete Vorgabe gibt, wie das Ziel erreicht werden soll.»

Schwammige Ziele monieren auch Analysten, die auf Nachhaltigkeit spezialisiert sind. «Das Ziel Net Zero bis 2050 reicht nicht zur Einhaltung der Pariser Klimaziele, solange ein Unternehmen nicht sagt, wie es dahinkommt, wie sein Absenkpfad aussieht», sagt Balthasar Bänninger, stellvertretender Leiter Nachhaltigkeitsforschung beim Vermögensverwalter Forma Futura.

Klarere Regeln erhoffen sich viele von der Europäischen Union, insbesondere

von der Offenlegungsverordnung (vgl. Glossar). Roland Kölsch, Geschäftsführer der Qualitätssicherungsgesellschaft Nachhaltiger Geldanlagen, winkt ab: «Die Offenlegungsverordnung der EU ist erst ein Anfang. Sie sagt nur begrenzt, was berichtet werden muss. Und keiner bewertet die Information, die die Unternehmen offenlegen. Mit der heutigen Regulierung kann man nicht verhindern, dass CO₂-Einsparungen mehrfach gezählt werden.»

Es ist ein erster Schritt, dass zwei Drittel des globalen BIP mit dem Ziel belegt sind, die Treibhausgasemissionen auf null zu bringen. Doch die anfangs erwähnte Studie der Energy & Climate Intelligence Unit zeigt auch, dass weniger als 10% von 4000 Unternehmen, Städten und Ländern CO₂-Kompensationen ausschliessen. Von den anderen 90% sagen die wenigsten, wie sie konkret vorgehen wollen – ob mit offiziellen CO₂-Zertifikaten oder anderen Bescheinigungen und Methoden. Das ist problematisch, denn die Windenergieanlage Tonstad dürfte nicht die einzige sein, deren CO₂-Einsparungen sich mehrere Parteien gutschreiben. Und so sind viele Klimaziele derzeit vor allem eines: noch mehr heisse Luft.

Glossar

CO₂-Einsparungen

In Bezug auf erneuerbare Energien ist das Wort Einsparung etwas irreführend. Denn auch bei der Produktion einer Kilowattstunde Strom aus einer Solar- oder einer Windenergieanlage entstehen Treibhausgasemissionen. Nur sind es meist deutlich weniger im Vergleich zum Strommix in einem Land. Die Differenz wird den Erneuerbaren als Einsparung angerechnet.

CO₂-Zertifikat

Ein CO₂-Zertifikat berechtigt zum Ausstoss des Treibhausgases in einer bestimmten Menge. Der Käufer eines Zertifikats unterstützt im Gegenzug ein CO₂-Kompensationsprojekt, etwa Aufforstung, oder auch erneuerbare Energien werden teilweise mit Kompensationsgeldern finanziert. CO₂-Kompensationsprojekte müssen eine Reihe von Kriterien erfüllen. Insbesondere dürfen sie nicht ohnehin vom freien Markt finanziert werden oder von staatlicher Förderung profitieren. In der Schweiz sind Treibstoffimporteure verpflichtet, CO₂-

Zertifikate zu erwerben. Für Unternehmen ist der Handel freiwillig.

Klimaneutralität

Sie ist erreicht, wenn netto keine Treibhausgasemissionen entstehen. Wenn ein Unternehmen CO₂ emittiert, kann es dennoch klimaneutral sein, indem es die Emissionen kompensiert. Welche Berechnungsarten dabei zulässig sind, ist nicht im Detail geregelt. Der Begriff Klimaneutralität ist nicht geschützt oder gesetzlich verankert.

Offenlegungsverordnung

Die Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) ist Teil des EU Action Plan on Sustainable Finance. Die SFDR verlangt von Finanzmarktteilnehmern und Finanzberatern detaillierte Produktinformationen zu Nachhaltigkeitskriterien. In Bezug auf Treibhausgase sind das unter anderem die Emissionen pro Jahr und der Anteil erneuerbarer Energien. Herkunftsnachweise oder Angaben zur CO₂-Kompensation werden nicht explizit verlangt.



Der norwegische Aluminiumproduzent weist jährliche Treibhausgasemissionen von 9 Megatonnen CO₂ aus. Das entspricht rund 20% des Inlandsausstosses der Schweiz. Dennoch vermarktet Hydro das Aluminium als CO₂-neutral.

BILD: SIMON DAWSON/BLOOMBERG